

PRESSEMITTEILUNG

Rücksichtsloser Alleingang von Günther-Wünsch bedroht Gewaltschutz in Berlin +++ Berliner Verein gegen Häusliche Gewalt durch kurzfristige Komplett-Streichung existenzgefährdet +++ „Das bricht uns das Genick“

Berlin, 27.02.2025. Die radikalen Kürzungen durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie bedeuten nicht nur das Ende des gestrichenen Projekts BIG Prävention, sondern haben finanziell weitreichende Folgen: Der Trägerverein Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen (BIG e.V.) wird mit den weiterlaufenden Kosten alleingelassen. Damit ist eine der bedeutendsten Einrichtungen gegen Häusliche Gewalt in Berlin und Deutschland existenzgefährdet.

„Die Streichung unserer Zuwendung ohne Vorwarnung und ohne Gesprächsangebot zeugt nicht nur von Katharina Günther-Wünschs politischer Nichtachtung unserer langjährigen Arbeit und generell dem Gewaltschutz von Frauen, sondern bedroht durch die Kurzfristigkeit die Existenz unseres gesamten Vereins. Zum einen haben wir laufende Sachkosten wie z.B. Miete, die wir nicht so schnell einsparen können. Zum anderen genießen einige der Mitarbeiter*innen besonderen Kündigungsschutz. Durch das Auslaufen der Zuwendung sind wir zur Kündigung gezwungen, aber bis diese wirksam werden, könnte noch ein gutes halbes Jahr verstreichen. Das bedeutet, dass wir Gehälter wie auch Sachkosten mehrere Monate lang aus eigenen Mitteln zahlen müssen. Dafür haben wir nicht ausreichend Rücklagen. Das bricht uns das Genick“, so Doris Felbinger, Geschäftsführerin von BIG e.V.

Auswirkungen auf gesamtes Berliner Hilfesystem

BIG e.V. arbeitet seit über 30 Jahren gegen Häusliche Gewalt, ist Trägerin vielfältiger Projekte und beschäftigt mehr als 50 Mitarbeiter*innen. Sollte die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie bei ihrer Entscheidung bleiben, BIG Prävention vollständig zu kürzen, ist unklar, wie es für die anderen Projekte weitergeht.

„Der rücksichtslose Alleingang der Bildungsministerin, die, anders als mit dem Koalitionspartner verabredet, keinerlei Rücksprache über das Ausmaß der Kürzungen getroffen hat, gefährdet Berlins zentrale Einrichtung gegen Häusliche Gewalt. Das betraf neben den 69 Grundschulklassen, die bei BIG Prävention auf der Warteliste stehen, 15 Schutzplätze in der BIG Clearingstelle, aktuell 29 Mütter und 44 Kinder, die bei der Mobilen Begleitung Kinder in Beratung sind, jährlich etwa 1700 Frauen, die von der mobilen Beratung begleitet werden, davon etwa 500 hochgefährdete Frauen, jeden Monat etwa 500–600 gewaltbetroffene Frauen und 200–300 Unterstützer*innen, die bei der BIG Hotline anrufen und Beratung oder einen Schutzplatz brauchen, sowie letztendlich das gesamte Berliner Hilfesystem, das auf das Angebot der BIG Hotline und die Vernetzungsarbeit von BIG Koordinierung angewiesen ist. Dazu gehören die Berliner Frauenhäuser und Zufluchtswohnungen, aber auch die Berliner Polizei, die Jugendämter, Familienrichter*innen und so viele mehr, die von unserer Arbeit profitieren. Katharina Günther-Wünsch wird sich für diese unfassbare Kurzsichtigkeit verantworten müssen“, so Nua Ursprung, Sprecherin des Vereins.

Kurzfristigkeit erschwert alternative Finanzierungsmöglichkeiten

Die Zuwendung des Projekts BIG Prävention soll zum 1.4.2025 auslaufen. Dies war dem Verein vor wenigen Tagen auf Nachfrage mitgeteilt worden. Für den Verein kam dies völlig überraschend. Mit dem Landesaktionsplan hat sich der Berliner Senat verpflichtet, Maßnahmen gegen Gewalt an

Frauen im Sinne der Istanbul-Konvention ressortübergreifend in der jeweiligen Zuständigkeit umzusetzen und zu finanzieren.

„Natürlich setzen wir aktuell alle Hebel in Gang, um einen Ausweg zu finden, aber die enorme Kurzfristigkeit erschwert alle alternativen Finanzierungsmöglichkeiten, für die es ja auch wieder Anträge und Bearbeitungsfristen braucht. Derzeit sieht es sehr finster für uns und damit alle gewaltbetroffenen Frauen in Berlin aus“, erklärt Felbinger abschließend.

Pressekontakt:

Nua Ursprung

pr@big-berlin.info